

Impulspapier „Kirche des gerechten Friedens werden“ (2019)¹ - Bericht über Resonanz und Weiterarbeit -

Die Zwölfte Kirchensynode der EKHN hat während ihrer 8. Tagung in Frankfurt am Main am 28. November 2019 das Impulspapier „Kirche des gerechten Friedens werden“ beschlossen. Einstimmig hat die Kirchensynode auf Vorschlag von Kirchenleitung und Kirchensynodalvorstand beschlossen: „Die Vision vom gerechten Frieden gehört zum Kernbestand christlicher Verkündigung. Deshalb geben die Kirchensynode und die Kirchenleitung dieses Friedensethische Impulspapier an alle Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen der EKHN und rufen sie mitten in einer durch Kriege, Verletzungen und Gewaltbereitschaft zerrissenen Welt zu einer breiten und nachhaltigen Diskussion der Friedensfrage auf.“

Das Friedensethische Impulspapier sollte alle Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen der EKHN ermutigen, sich auf den Weg des gerechten Friedens zu machen und Friedensförderung verstärkt als Bestandteil aller kirchlichen Äußerungen und Handlungen wahrzunehmen, Rückmeldungen über das Friedenshandeln sowie Impulse zur Überwindung von Gewalt zu geben.

Drei Leitfragen wurden mit auf den Weg gegeben:

- 1.) *Trägt unser eigenes Handeln als Kirche zu mehr Frieden bei?*
- 2.) *Setzen wir unsere Zeit und unsere Ressourcen für die Versöhnung von Menschen und die Überwindung von Verbitterung und Hass ein?*
- 3.) *Dient unser Konsum der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen und der Bewahrung der Schöpfung?*

Ziel der Diskussionen und der Rückmeldungen sollte die Markierung von Friedens-Themen sein, die für die EKHN auf dem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens Handlungsoptionen sind bzw. werden sollten.

1. Wie wurde das Impulspapier aufgenommen?

Nach der einstimmigen Annahme des Impulspapiers im November 2019 begleitete eine schon in der Entstehung des Papiers konstituierte Arbeitsgruppe² aus Mitgliedern der Kirchenleitung, des Kirchensynodalvorstands, des synodalen Ausschusses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und der Fachexpertise aus dem Zentrum Oekumene den Fortgang. Aufgabe der Arbeitsgruppe war die Koordination, Förderung und Evaluation der Rückmeldungen. Die AG tagte im Zeitraum von Dezember 2019 bis November 2021 acht Mal, wegen der Corona-Pandemie fanden alle Treffen digital statt.

Um das Impulspapier bekannt zu machen, wurde **im Februar 2020 ein Versand an alle Gemeinden** organisiert. Ein **Fragebogen** sollte die Auseinandersetzung mit dem Papier erleichtern und die Rückmeldungen zum friedensethischen Handeln der Gemeinden bündeln. Die Bitte an die Gemeinden war, eine Rückmeldung bis November 2020 zu geben.

Dann kam Ende Februar 2020 die Corona-Pandemie. Die meisten Gemeinden hatten von jetzt auf gleich dringlichere Herausforderungen als einen Rückmeldebogen zum Impulspapier zu erstellen. Bis zum Sommer 2020 gab es 27 schriftliche Rückmeldungen. Darum beschlossen der Kirchensynodalvorstand und die Kirchenleitung im Juni 2020 eine **Entfristung der Rückmeldungen**. In einem **gemeinsamen Brief im August 2020 der Stellvertretenden Kirchenpräsidentin Ulrike Scherf und des Präses der Kirchensynode Dr. Ulrich Oelschläger** wurden die Gemeinden über die Entfristung der Rückmeldungen informiert. Zugleich unterstrich der Brief die Dringlichkeit des Friedens und lud dazu ein, das eigene

¹ Vgl. Text Impulspapier: https://www.ekhn.de/fileadmin/content/ekhn.de/download/presse/19/Impulspapier_Frieden_online.pdf

² Namentlich beteiligt waren Ulrike Scherf, Stellvertretende Kirchenpräsidentin, Dr. Susanne bei der Wieden, Stellvertretende Präses der Kirchensynode (bis April 2021), Wolfgang Prawitz, Kirchensynodalvorstand, Gisela Kögler, Vorsitzende des Ausschusses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Martin Franke, Theologischer Referent der Kirchensynode, Detlev Knoche, Leiter des Zentrums Oekumene, Sabine Müller-Langsdorf, Friedensbeauftragte im Zentrum Oekumene.

Friedenshandeln zu bedenken: *„Die Corona-Krise zeigt in besonderer Weise, wie der Frieden aktuell gefährdet ist: die Krise hat soziale Ungleichheiten auf der Welt offengelegt und verschärft. Die gesundheitliche, wirtschaftliche wie soziale Bedrohungslage ist für die armen Länder besonders groß. ... Das Impulspapier der EKHN sagt: Frieden ist eine Querschnittsaufgabe allen kirchlichen Handelns. Er ist unlösbar mit Gerechtigkeit verbunden. Was bedeutet das in Ihrer Gemeinde, Ihrem Dekanat oder Ihrer Einrichtung? Was ist Frieden in diesem besonderen Jahr 2020 für Sie?“*

Alle schriftlichen Rückmeldungen zum Impulspapier und dem Fragebogen wurden von Martin Franke und Sabine Müller-Langsdorf gesammelt und zur Weiterarbeit in der AG aufbereitet. Neben den Rückmeldungen über den Fragebogen gab es **weitere Formen der Information und des Austauschs**: Beim Kontaktgespräch der EKHN mit der Bundeswehr (Landeskommando Hessen und Landeskommando Rheinland-Pfalz) wurde über das Impulspapier informiert und zu Rückmeldungen eingeladen. In einigen Dekanatskonferenzen stand die Friedensbeauftragte für Gespräche zur Verfügung. Die Konferenz der Profil- und Fachstellen Ökumene in den Dekanaten und die Fachkonferenz des Dezernats Kirchliche Dienste der Kirchenverwaltung haben sich direkt über die Friedensbeauftragte informieren lassen und das Impulspapier diskutiert. Das Dekanat Darmstadt-Land hat eine eigene AG zum Impulspapier gebildet und mit einem ausführlichen inhaltlichen Brief geantwortet. Aus allen trotz der Corona-Situation eingegangenen Rückmeldungen lassen sich bestimmte Themen erkennen, die Gemeinden, Einrichtungen und Dekanaten in ihrem Friedenhandeln wichtig sind.

2. Zusammenfassende Tendenzen aus den Rückmeldungen

2.1. Vorrang für zivile Konfliktlösungen

„Zivile Konfliktlösungen dienen dem Frieden weltweit nachhaltig. Darum treten wir entschieden für deren Vorrang vor militärischen Sicherheitsstrategien ein. Wir sehen in ihnen die beste Option, Frieden dauerhaft zu ermöglichen.“ Angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan klingt das Impulspapier Frieden aus dem Jahr 2019 weitsichtig. Afghanistan hat in den letzten Monaten erneut gezeigt, dass militärische Interventionen keine nachhaltigen Lösungen in Konflikten bringen. Millionen an Geldern für Rüstung und Militär, Tausende getöteter Menschen und Hunderttausende auf der Flucht sowie ein zerstörtes Land weisen auf die Dringlichkeit ziviler Konfliktbearbeitung hin.

Die Synode der EKHN hat am 11.9.2021 eine Resolution zu Afghanistan verabschiedet. Sie appellierte darin an die Landesregierungen, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus Afghanistan mehr zu unterstützen und für eine sichere Bleibeperspektive zu sorgen. Neben der Frage des Schutzes von Menschen steht politisch die Aufgabe aus, einen 20 Jahre währenden internationalen militärischen Einsatz gründlich und unvoreingenommen zu evaluieren. In Afghanistan sind 59 deutsche Soldaten gestorben, 12,2 Milliarden Euro Steuergelder wurden ausgegeben. Noch immer ist nicht klar, was für wen dadurch erreicht wurde. Die Sorge des Impulspapiers Frieden im Jahr 2019 bleibt: *„Wir sorgen uns um die Rolle der Bundeswehr in einer sich verändernden politischen Lage: Soldat*innen sind zunehmend in Auslandseinsätze eingebunden – auch ohne UN-Mandat. Als Kirche suchen wir den Dialog mit der Bundeswehr und den politisch Verantwortlichen, um für ein friedenslogisches Denken zu werben. Wir wollen Sicherheit neu denken“.* Der Auslandseinsatz in Afghanistan braucht – ebenso wie der in Mali – eine Evaluation, aus der Konsequenzen für eine zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Staaten gezogen werden können. *„Kirchliches Friedenshandeln fördert einen Umgang mit Konflikten, der die Menschenwürde schützt, Gerechtigkeit ermöglicht und nachhaltig der Schöpfung dient.“*

2.2. Die Frage der Atomwaffen

Die deutlichsten Rückmeldungen zum Impulspapier unmittelbar nach dessen Erscheinen im November 2019 und zugleich die kontroversesten Rückmeldungen seit Erscheinen des Papiers bezogen sich auf **die Frage der Ächtung von Atomwaffen**. Das Impulspapier hatte hierzu formuliert: *„Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel. Ihre Herstellung, Bereitstellung und ihr Einsatz sind zu ächten. Wir,*

Kirchensynode und Kirchenleitung der EKHN, fordern die Bundesrepublik Deutschland auf, den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (UN) zu unterzeichnen.“

In einer Pressemeldung der Martin-Niemöller-Stiftung wies damals Propst i.R. Michael Karg als deren Vorsitzender darauf hin, dass die EKHN mit dieser Formulierung die 2007 formulierte Position der EKD, dass „die Drohung mit Nuklearwaffen“ nicht mehr „als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden könne, konkretisiert. Seiner Einschätzung nach geht es in dem Impulspapier der EKHN „ums Ganze“: um die grundsätzliche Haltung zu Geist und Logik der Abschreckung und um ein klares Nein zu Massenvernichtungswaffen.

Historisch erinnerte Propst i.R. Karg daran:

„Damit überwindet die EKHN die 1959 formulierten „Heidelberger Thesen“ der EKD, die „die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise“ anerkannten.

Die EKHN nähert sich nun der Haltung des Reformierten Bundes an, der 1982 in seinem „Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ den status confessionis gegen die atomaren Massenvernichtungsmittel erklärte.

Die EKHN nimmt die Anstöße der DDR-Kirchen aus der Ökumenischen Versammlung Dresden-Magdeburg-Dresden (1989 Absage an „Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung“) auf und schließt sich der internationalen Ökumene an, die in den Erklärungen der Vollversammlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver/Kanada (1983) und Busan/Republik Korea (2013) ähnlich formulierte.“³

Mehrere Gemeinden sahen ihr regelmäßiges Engagement für ein Verbot von Atomwaffen durch das Impulspapier gewürdigt und unterstützt. Die Französisch-Reformierte Gemeinde in Frankfurt z.B. schreibt monatlich einen Brief an die Bundeskanzlerin mit der Aufforderung, Atomwaffen zu ächten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Derzeit ist Brief Nummer 43 auf dem Weg. Die jeweils neu formulierten Briefe werden im Gottesdienst verlesen und greifen Aspekte auf, die historisch oder aktuell an die verheerenden Auswirkungen dieser Massenvernichtungsmittel erinnern. In Langen wiederum arbeitet ein Bündnis kirchlicher und anderer Gruppen seit Jahren zum Thema Atomwaffen und wirbt mit Veranstaltungen für die Ächtung dieser Waffen. Auch die jährlichen Kirchlichen Aktionstage am Fliegerhorst Büchel in der Eifel finden regelmäßig Teilnehmende aus dem Kirchengebiet der EKHN.

Unter Aufnahme des Impulspapiers haben die Stellvertretende Kirchenpräsidentin Ulrike Scherf und der Präses der Kirchensynode Dr. Ulrich Oelschläger anlässlich des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2021 nach Rücksprache mit dem Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Dr. Martin Dutzmann, einen Brief an alle Bundestagsabgeordneten im Kirchengebiet der EKHN gesendet. Im Brief wurde die oben zitierte Passage aus dem synodalen Impulspapier aufgeführt und daran anknüpfend gefordert: *„Anlässlich des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrages wiederholen wir diese Aufforderung und appellieren an Regierung und Bundestag: Unterzeichnen Sie den Atomwaffenverbotsvertrag! Der Herstellung, Lagerung, Nutzung und Weiterverbreitung von Atomwaffen birgt die Gefahr der Vernichtung der gesamten Schöpfung. Die Folgen betreffen alles Leben auf der Erde über Generationen. Als Kirche setzen wir auf den Vorrang ziviler Konfliktlösungen, auf Rüstungsabbau und Rüstungskontrolle. Das Inkrafttreten des Vertrages bietet die Chance, aus einer Spirale des Wettrüstens auszusteigen.“*

Die eingegangenen Antworten aus verschiedenen Fraktionen zeigten eine große Bandbreite bezüglich der Haltung zum Atomwaffenverbotsvertrag auf, verwiesen aber mehrheitlich auf Bündnistreue und Notwendigkeit der Abschreckung.

³ „Geht doch!“ Pressemitteilung der Martin-Niemöller-Stiftung vom 28.11.2019

2.3. Die Frage der Ächtung automatisierter, halbautomatisierter und autonomer Waffensysteme

Im Brief an die Bundestagsabgeordneten thematisierten die Stellvertretende Kirchenpräsidentin und der Präses auch die ethischen Herausforderungen im Umgang mit **autonomen Waffen**. Die Kirchensynode hatte sich im Impulspapier mit der Entwicklung autonomer Waffensysteme befasst und auf die sich dadurch verschärfenden ethischen Fragen hingewiesen. *„Deshalb halten wir es für dringend geboten, uns mit den Folgen autonomer Waffensysteme kritisch auseinanderzusetzen, und fordern die Bundesregierung auf, ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag 2018 umzusetzen: Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.“*

Hierzu gab es interessierte Rückmeldungen der Abgeordneten und die deutliche Bitte, dass sich Institutionen wie die Evangelische Kirche in den Diskurs um dieses wichtige Thema einbringen. Dabei wird es wichtig sein, differenziert zu prüfen, welche ethischen Implikationen der Einsatz automatisierter, halbautomatisierter und autonomer Waffen hat.

Die Evangelische Akademie in Frankfurt plant nun zusammen mit der Friedensbeauftragten sowie Fachleuten und politisch Zuständigen eine Veranstaltungsreihe zu Drohnenentwicklung, Drohneneinsatz und den damit verbundenen ethischen Fragestellungen.

2.4. Frieden als Kernaufgabe kirchlichen Handelns

Rückmeldungen aus Gemeinden, Dekanaten und Einrichtungen zum Impulspapier gaben Aufschluss über das friedensethische Handeln vor Ort und das theologische Verständnis von Frieden. Frieden ist Aufgabe allen kirchlichen Handelns und wird in allen fünf Arbeitsfeldern verortet.

Verkündigung:

Frieden beginnt mit der Zusage von Gottes Frieden: im Lesen der Bibel, im Gebet und der Fürbitte, im gottesdienstlichen Segen, im Teilen von Brot und Wein. So ist es nicht verwunderlich, dass ein Schwerpunkt der Rückmeldungen in der Beschreibung des Feierns von Gottes Frieden lag.

Auffällig an den Rückmeldungen war die Erwähnung von bzw. die Bitte um Material für besondere Gedenktage, die über die klassischen Kalender- und Kirchenjahresgedenktage wie z.B. Volkstrauertag oder Israel-Sonntag hinausgehen. So wurden der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar), der Anti-Kriegstag (1. September), der Tag des Mauerfalls und der Reichspogromnacht (9. November), der Weltkindertag (20. September), der Internationale Tag der Menschenrechte (10. Dezember) und der Internationale Tag gegen Rassismus (19. März) als Tage markiert, an denen Gemeinden Friedensgottesdienste feiern. Aus diesen Rückmeldungen ist die Idee entstanden, dass das Friedenspfarramt der EKHN in Kooperation mit dem Zentrum Verkündigung einen virtuellen Kalender mit Materialien zu den „Anderen Gedenktagen“ erstellt und bewirbt. Der Kalender kann durch die digitale Form „wachsen“ und aktualisiert werden, einen Grundansatz erarbeiten Zentrum Verkündigung und Zentrum Oekumene bis zum neuen Kirchenjahr 2022.

(Friedens-) Bildung:

Für gerechten Frieden sorgen bedeutet laut der Rückmeldungen zum Impulspapier in Gemeinden sehr konkret: Zuhören und respektvolle Kommunikation, inneren Frieden wahren, Versöhnung suchen, Handeln für eine gerechte Welt. Friedensbildung ist eine Aufgabe von der Kindertagesstätte über die Jugendarbeit bis in die Erwachsenenbildung hinein.

Gewünscht wurden mehr Materialien für Jugendliche gegen Hatespeech und Hetze im Netz und in den sozialen Medien. Wie können sich Gemeinden gegen Stammtischparolen und rechten Populismus engagieren? Auffällig: Wenige Rückmeldungen bezogen sich auf die Arbeit der Kindertagesstätten - vermutlich, weil die engagierte Arbeit der Kindertagesstätten zu Streitschlichtung und Respekt, zu Frieden in Familien und integrativer wie inklusiver Maßnahmen inzwischen als selbstverständlich gilt. Die AG Frieden sieht in der flächendeckenden Arbeit von Kindertagesstätten eine Chance zur generationenübergreifenden Friedensarbeit.

Gesellschaftliche Verantwortung:

Vier soziale und gesellschaftliche Themen prägen das friedensethische Handeln in Gemeinden und Erwachsenenbildung besonders: Flucht, Armut in der Gesellschaft, gerechtes Wirtschaften und ökologisch-nachhaltiges Handeln. Besonders der gesellschaftliche Frieden wurde thematisiert, zusammen mit der Frage des Rassismus, des Antisemitismus, der Diffamierung und Ausgrenzung von Gruppen, auch innerhalb der Kirche. Kirchengemeinden verstehen Frieden wesentlich auch als diakonische Aufgabe. Sie engagieren sich bei Tafeln, für Kleiderkammern oder an anderen Stellen, um Teilhabe zu ermöglichen.

Der Klimawandel und die Klimagerechtigkeit werden deutlich als Friedensaufgabe der Gegenwart und Zukunft markiert. Dies belegen Anträge an den Pilgerfonds der EKHN im Rahmen des Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens: von einem Gerechtigkeitsweg zur Landesgartenschau in Bad Schwalbach über Jugend-Umwelt-Projekte bis hin zu einer Unterstützung einer internationalen Predigtreihe „Nachhaltig predigen“ sind hier Bedarfe und Engagement deutlich.

Im Konflikt um den Ausbau der A 49 im Dannenröder Forst haben Mitarbeitende in Kirchengemeinden, Dekanaten und gesamtkirchlichen Stellen durch Deeskalation, in Hintergrundgesprächen, konkreter Hilfe und politischer Intervention friedensstiftend gearbeitet. Gleichzeitig ging der Konflikt mitten durch die kirchlichen Gremien selbst. Unterstützer*innen der Protestaktion gegen die Rodung saßen Befürworter*innen des Autobahnbaus und der Entlastung des Durchgangsverkehrs in den Städten und Dörfern gegenüber. Chancen und Grenzen von kirchlicher Friedensarbeit sind dabei deutlich geworden, ebenso die hohe Reputation von Kirche als Mediatorin in gesellschaftlichen Konflikten. „Die Kirche“ wurde von beiden Konfliktparteien als Vermittlerin akzeptiert, ja sogar gesucht. Es bleibt eine zukünftige Aufgabe in zerstrittenen Gemeinden und Nachbarschaften friedensstiftend und versöhnend zu agieren.

Ökumene:

Ökumene in sich ist Friedensarbeit. Sie überschreitet eigene Grenzen und führt zu Begegnungen mit Menschen anderer Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen. Die Rückmeldungen wertschätzen ökumenische Friedensgebete im Rahmen der Friedensdekade oder der Ökumenischen Aktion Wanderfriedenskerze. Betont wurden die Notwendigkeit und Bereicherung durch interreligiöse Gespräche und Begegnungen. Sie sind angesichts von Islamfeindlichkeit und Antisemitismus in der Gesellschaft dringlich. Interkulturelle Kompetenz und ein selbstkritischer Blick zu rassistischen Haltungen werden als wichtig eingeschätzt und sollen weiterhin eingeübt werden.

Der Beitritt der EKHN zur Initiative Lieferkettengesetz durch den Beschluss der Kirchensynode im November 2020 ist ein Zeichen gelebter ökumenischer Verantwortung in der Frage des globalen Wirtschaftens.

Auffällig wenige Rückmeldungen gab es zur Bedeutung der internationalen ökumenischen Partnerschaften für die Friedensarbeit. Vielleicht werden sie als selbstverständlich erachtet, ganz sicher sind sie ein Schatz, um mit einer ökumenisch verbundenen Stimme international für Frieden zu werben. Dies belegen die Planungen zur kommenden Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im September 2022 in Karlsruhe. Die im Zentrum Ökumene entwickelte Ausstellung „Frieden geht anders“ mit sieben internationalen Beispielen zu nicht-militärischen Lösungen großer internationaler Konflikte wird (ins Englische übersetzt) der Vollversammlung überreicht und zur Verfügung stehen. Sie wurde übrigens seit ihrer Entstehung im Jahr 2013 viermal kopiert und steht so auch in anderen Landeskirchen zur Friedensbildung zur Verfügung. Aus dem Bereich der ökumenischen Partnerschaften wird der Frieden zwischen Nord- und Südkorea auf die Agenda der Ökumenischen Vollversammlung in Karlsruhe gebracht. Mehrere Fahrrad-Pilgerwege, an denen Dekanate in der EKHN beteiligt sind, werden Themen der Klimagerechtigkeit, der Abrüstung, des Atomwaffenverbots und des gerechten Wirtschaftens in Karlsruhe eingebracht.

Beratung und Seelsorge:

Mediation und Supervision sind als Instrumente zur konstruktiven Bearbeitung von Konflikten bekannt und bewährt. Sie werden in den Rückmeldungen zwar meist nicht explizit als Friedensarbeit benannt,

gleichwohl werden dabei Methoden gewaltfreier Kommunikation und Sprache oder Trainings zur Gewaltfreiheit angewandt.

2.5. Markierte Einzelthemen:

Ein interessanter Aspekt in den Rückmeldungen betrifft die Frage der Formulierung: „Kirche des gerechten Friedens werden“. Der **Begriff „gerechter Frieden“** irritiert, weil er dem Frieden ein Adjektiv hinzufügt und ihn damit einzuschränken scheint. Eine Rückmeldung der Arbeitsgruppe zum Impulspapier im Dekanat Vorderer Odenwald hat sich in besonderer Weise mit dem Begriff beschäftigt und zurückgemeldet: *„Es ist begrüßenswert, dass in dem Papier mit dem weit gefassten Friedensbegriff gearbeitet wird. Dieser Friedensbegriff steht auf biblischer Grundlage, sodass der Begriff „gerechter Frieden“ biblisch betrachtet eigentlich eher eine Tautologie ist. Frieden (hebräisch „Schalom“) ist auch gerade alttestamentlich gesehen nicht nur die Abwesenheit von Krieg. In der Regel wird Schalom zwar mit dem deutschen „Frieden“ übersetzt, was aber nicht deckungsgleich mit den Bedeutungen des hebräischen Wortes ist. Das hebräische Wort umfasst viel mehr: Seine Grundbedeutung spiegelt die Vorstellungen von „Ganzheit, Unversehrtheit, Heilsein von Welt und Mensch, Sicherheit“ wider. In diesem Sinne eines biblischen Schalom geht es uns um mehr als Frieden im politischen Sinn, sondern es geht auch um Gerechtigkeit sowie den gesellschaftlichen, zwischenmenschlichen Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“⁴*

Das Impulspapier Frieden forderte auch dazu auf, Sicherheit neu zu denken. Wie kann Frieden gelingen? Diese Fragestellung griffen einige Dekanate und eine ökumenische Akademiereihe in Frankfurt mit dem **Szenario „Sicherheit neu denken“** auf, das in der Evangelischen Landeskirche in Baden 2018 veröffentlicht wurde und zu einer Diskussion zum konsequenten Abbau militärischer Instrumente zugunsten ziviler Konfliktlösungen anregt. Das Szenario hat breite Aufmerksamkeit erreicht und wurde bzw. wird in mehrere Sprachen übersetzt.

Schon in der synodalen Diskussion zur Entstehung des Impulspapiers Frieden wurde das Thema **Digitalisierung und Cyberwar** eingebracht. Diese Stichworte bleiben ein Merkposten zur vertieften Weiterarbeit und für mögliche zukünftige Stellungnahmen.

3. Wie geht es weiter?

Die begleitende AG beendet ihre Arbeit mit dieser Herbstsynode 2021. Einige Projekte der Weiterarbeit wurden schon genannt: der virtuelle Kalender „Andere Gedenktage“, die Ausstellung „Frieden geht anders“ zur Vollversammlung des ÖRK und eine Akademiereihe zur Drohnenethik.

Das Grundanliegen des Impulspapiers, den Frieden ins Gespräch zu bringen und zum Friedenshandeln zu ermutigen, erfüllt auch die gerade erschienene Impulspost „Streit-Respekt-Frieden“. Daran anknüpfend werden neue Wege beschritten: das Angebot geistlicher Friedens-Übungen in einer App. Sie kann aufs Handy geladen werden und gibt in kleinen täglichen Schritten Impulse zum „Frieden Üben“.

Für den Tag für Kirchenvorstände „Lust auf Gemeinde“ am 5.März 2022 in Gießen wird das Zentrum Ökumene einen Messestand unter dem Motto „local peace“ zur Förderung des friedensethischen Handelns in Gemeinden auf dem Weg zu einer „Kirche des gerechten Friedens“ gestalten. „local peace“ ist ein Netzwerk mehrerer Landeskirchen und zielt darauf ab, Friedensengagement sichtbar zu machen, zu fördern, zu vernetzen und auszuzeichnen.

Im neuen Kollektenplan 2023/24 wird es wieder zahlreiche Kollekten zur Friedensarbeit geben, wie zum Beispiel „Für die Sozial- und Friedensdienste in Israel - im Dialog“, "Hoffnung für Osteuropa", "Kirchen helfen Kirchen" und „Fonds zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“. Neue Kollektenprojekte, die der Friedensarbeit dienen, wurden auf Vorschlag des Ausschusses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in den Entwurf für den Kollektenplan 2023-2024 aufgenommen, der der Kirchensynode in der Herbsttagung 2021 zur Beschlussfassung vorliegt: Klimaschutz kreativ „Drei

⁴ Brief der Arbeitsgruppe des Dekanats Vorderer Odenwald zum Impulspapier Frieden an die Mitglieder der Synode und des Dekanatssynodalvorstand im Evangelischen Dekanat Vorderer Odenwald (z.K. an Müller-Langsdorf) vom 7.10.2020

Kühe beleuchten ein Haus“, „Brücken bauen mit der Sonne“, „Meere ohne Plastik - Nord- und Ostsee vor Müllflut retten“, „Wald und Wasser schützen – Lebensgrundlagen sichern“ und „Energieeffiziente Kochtaschen aus Kamerun“.

Im Jahr 2022 feiert nicht nur die EKHN ein Jubiläum, sondern es jährt sich auch zum 75. Mal das „Darmstädter Wort“ - eine Verlautbarung, die mit klaren Worten und in weiter ökumenischer Rezeption kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Kirchen zu Umkehr und Frieden aufrief. Anlässlich dieses Jubiläums plant eine Arbeitsgruppe aus dem Dekanat Darmstadt-Stadt zusammen mit dem Zentrum Oekumene und der Martin-Niemöller-Stiftung eine Publikation und Konsultation zum Darmstädter Wort.

Frieden gelingt nur gemeinsam: Die EKHN bleibt Mitglied, fördert und hält Kontakte zu Netzwerken und Kampagnen wie Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel, Kampagne Lieferkettengesetz und Sicherheit neu denken.

In den bisherigen Überlegungen zum Prozess ekhn2030 wird Frieden als wichtiges Thema gesehen und besonders als Gemeinwesen-Aufgabe entfaltet. Dies entspricht den Rückmeldungen zum Impulspapier bezüglich der diakonischen und sozialen Aspekte des Friedenshandelns.

Eine Kirche des gerechten Friedens zu werden, bleibt eine Querschnittsaufgabe kirchlichen Handelns. Erinnerung sei bei allem Tun an die Wurzel allen Friedens und die Friedenskraft, die das Impulspapier beschreibt: „Jesus Christus...ruft uns zur Umkehr aus Sünde und Schuld und verheißt das Reich Gottes den Sanftmütigen und denen, die Frieden stiften (Matthäus 5,5.9). Er verzichtet auf Gewalt, selbst angesichts seines eigenen Todes....“

*Als einzelne Christ*innen wie auch als Kirche leben wir aus dem Zuspruch des Friedens Gottes, der uns ermutigt, Frieden in der Welt verantwortlich mitzugestalten. Dabei ist es wichtig, dass der Weg dem Ziel entspricht und selbst vom Frieden geprägt ist... Den Weg des Friedens gehen wir nicht allein. Wir sind verbunden mit den Geschwistern in der internationalen Ökumene. Gemeinsam sind wir unterwegs auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. Dieser Weg führt uns auch zu interreligiösem Austausch und zu Begegnungen mit Menschen, die sich ebenso wie wir für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.“*

Selig sind, die Frieden stiften!